

# FREIBERUFLER-TICKER vom 8. Juni 2018

## 1. GKV-Versichertenentlastungsgesetz beschlossen

Das Bundeskabinett hat am 6. Juni 2018 den Entwurf eines Gesetzes zur Beitragsentlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung ([GKV-Versichertenentlastungsgesetz – GKV-VEG](#)) beschlossen. Danach sollen ab dem Jahr 2019 die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Versicherten getragen werden. Ab 1. Januar 2019 wird der monatliche Mindestbeitrag für Selbstständige nur noch 171 Euro betragen. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2019 in Kraft treten und ist im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig.

## 2. Rentenkommission eingesetzt

Am 6. Juni 2018 hat die Rentenkommission der Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen. Die Kommission will Vorschläge zur langfristigen Absicherung der Altersvorsorge in Deutschland erarbeiten. Bis zum Jahr 2020 soll die Kommission einen Bericht vorlegen, in dem Möglichkeiten zur Sicherung der Rente nach dem Jahr 2025 aufgezeigt werden sollen. Hintergrund ist, dass es künftig deutlich weniger Beitragszahler, aber mehr Rentner und längere Rentenbezugszeiten geben dürfte.

## 3. Bundesbericht Forschung und Innovation 2018

Die Bundesregierung hat am 6. Juni 2018 den Bundesbericht [Forschung und Innovation 2018](#) beschlossen. Dem Bericht zufolge haben Bund, Wirtschaft und Wissenschaft im Jahr 2016 insgesamt die Rekordsumme von 92,2 Milliarden für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Der Bund hat seit dem Jahr 2007 seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung um 68 Prozent erhöht. Darüber hinaus ist die Zahl der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung in den vergangenen Jahren stark angestiegen. In Deutschland sind dort mehr als 650.000 Menschen tätig. Bei den weltmarktrelevanten Patenten pro eine Million Einwohner liegt Deutschland mit 371 im Jahr 2015 weit vor den USA (200) und China (27). Über drei Viertel der Patente entfallen auf die Industrie.

## 4. Nächste Schritte für die Umsetzung des Digitalpakts Schule

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort ([19/2347](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der FDP ([19/1973](#)) zum Zeitplan des Digitalpakts Schule betont, dass sie nach der Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlage für die nähere Ausgestaltung des Digitalpakts den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern anstrebt. Im Rahmen des Digitalpakts sollen über einen Zeitraum von fünf Jahren vom Bund fünf Milliarden Euro für die Förderung digitaler Ausstattung an Schulen bereitgestellt werden, während die Länder für weitere finanzielle Mittel, Qualifikation der Lehrkräfte, pädagogische Konzepte und Betrieb der Infrastruktur verantwortlich bleiben.

## 5. Stand der Umsetzung des Nationalen Bildungsrats

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/2357](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ([19/2081](#)) schreibt, werde die Umsetzung des im Koalitionsvertrag vorgesehenen Nationalen Bildungsrats derzeit vom Bund mit den Ländern beraten. Dazu habe die Kultusministerkonferenz (KMK) bereits im März 2018 ein ländergemeinsames Konzept als Verhandlungsgrundlage beschlossen. Die Einrichtung des

Nationalen Bildungsrats solle nach dem Vorbild des Wissenschaftsrats erfolgen. Fragen der Mandatierung und Zusammensetzung des Nationalen Bildungsrats Zusammensetzung seien auch Gegenstand der Gespräche zwischen Bund und Ländern gewesen. Laut Bundesregierung soll der Nationale Bildungsrat auf Grundlage der empirischen Bildungs- und Wissenschaftsforschung Vorschläge für mehr Transparenz, Qualität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen vorlegen. Darüber hinaus berate die KMK über einen Themenkatalog und einen Entwurf für weitergehende Vereinbarungen der Länder zu grundsätzlichen Fragen der Bildungspolitik. Im Rahmen dieser länderinternen Überlegungen werde auch die Option für einen Staatsvertrag geprüft, um die länderübergreifende Zusammenarbeit weiterzuentwickeln, die Vergleichbarkeit und Qualität des Bildungswesens zu verbessern und Mobilitätshindernisse abzubauen.

## **6. Bildungshintergrund der Eltern und Lernerfolg**

In einer [Studie](#), die am 6. Juni 2018 vorgestellt worden ist, untersucht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), wie wichtig der Bildungshintergrund der Eltern für die Schulnoten ihrer Kinder ist: Nach dem Wechsel auf das Gymnasium lassen gerade die Leistungen anfänglich guter Schüler aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau deutlich nach. Schon für die Grundschulzeit ergeben sich in der Untersuchung große Unterschiede in den sprachlichen und mathematischen Fähigkeiten. So erhalten Erstklässler, die aus einem Elternhaus mit niedrigem Bildungsniveau kommen, von ihren Lehrern seltener „viel bessere“ (3,9 Prozent) Beurteilungen als „viel schlechtere“ (9,3 Prozent), jeweils im Vergleich zum Durchschnitt ihrer gleichaltrigen Mitschüler. Kinder aus Elternhäusern mit hohem Bildungsniveau hingegen werden deutlich öfter „viel bessere“ (23,2 Prozent) Fähigkeiten zugeschrieben als „viel schlechtere“ (1,5 Prozent). Während Kinder aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau relativ gleichmäßig auf Gymnasium, Realschule, Hauptschule oder Gesamtschule verteilt sind, gehen knapp zwei Drittel und damit die große Mehrheit der Kinder aus Elternhäusern mit hohem Bildungsniveau auf ein Gymnasium. Dort nimmt die Bildungsungleichheit dann weiter zu – im Gegensatz zu den Realschulen, wo der Anteil der Schüler mit besseren Noten unabhängig vom Bildungsniveau der Eltern relativ konstant bleibt.

## **7. Bildungsfinanzierung der Bundesländer**

Durch freigewordene BAföG-Mittel konnten die Bundesländer im vergangenen Jahr rund 1,077 Milliarden Euro einsparen und für den Bildungsbereich ausgeben. Das sind rund 1,7 Millionen Euro mehr als für das Jahr 2016 angegeben wurden. Das geht aus einer Unterrichtung der Bundesregierung ([19/2498](#)) hervor, wie der Deutsche Bundestag am 6. Juni 2018 mitgeteilt hat. Mit Beschluss vom 4. November 2015 hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung gebeten, ihn jeweils nach Ende eines Haushaltsjahrs darüber zu unterrichten, wie die Länder die Gelder eingesetzt haben, die dadurch frei geworden sind, dass der Bund sie seit dem Jahr 2015 von den Ausgaben für das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) entlastet hat. Zehn Bundesländer haben für das Jahr 2017 eine in etwa gleiche Entlastungssumme gemeldet wie im Jahr 2016, vier Bundesländer eine höhere und zwei eine niedrigere. Im Vorjahresvergleich ist das freigewordene Kapital über alle Länder hinweg in nahezu identischer Höhe für den Schul- sowie Hochschulbereich ausgegeben worden. Dabei setzen die Länder unterschiedliche Schwerpunkte.

## **8. Deutsche Wirtschaft kommt bei Digitalisierung langsam voran**

Das ist das Ergebnis einer [Umfrage](#) zum Stand der Digitalisierung der deutschen Wirtschaft unter Unternehmen ab 20 Mitarbeitern im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die am 6. Juni 2018 veröffentlicht worden ist. Danach haben vier von fünf Unternehmen inzwischen eine

Digitalstrategie. Die zunehmende Verbreitung von Digitalstrategien führt auch dazu, dass Unternehmen auf veränderte Marktbedingungen reagieren. So nehmen 37 Prozent als Folge der Digitalisierung Produkte und Dienstleistungen vom Markt, 63 Prozent passen bestehende Produkte und Dienstleistungen an. Fast jedes zweite Unternehmen bietet als Reaktion auf die Digitalisierung neue Produkte und Dienstleistungen an.